

Medienmitteilung des Kantonalen Gewerbeverbandes St.Gallen (KGV)

Parolen des Kantonalen Gewerbeverbandes St.Gallen (KGV)

JA zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung»

An der Präsidentenkonferenz des KGV in St.Gallen fassten die Delegierten die Parolen zu zwei Eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom kommenden 9. Februar. Die Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ wurde klar angenommen und der Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI) wurde mit deutlicher Mehrheit zur Ablehnung empfohlen.

Auf dem Podium zur Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ trat unter der Leitung von Silvan Lüchinger, Stv. Chefredaktor St.Galler Tagblatt, Nationalrat Walter Müller (FDP) gegen Nationalrat Toni Brunner (SVP) an. Nach einer engagierten Diskussion waren die Vorbehalte einer unkontrollierten Einwanderung der Anwesenden gross. Die Schweiz hatte bis zur Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 die Zuwanderung über Kontingente und Höchstzahlen im Ausländerrecht geregelt. Ebenso hatte sie bis zur Öffnung der Grenzen mit der Integration in den Schengen-Raum im Dezember 2008 die Hoheit über die Visumserteilung und die Kontrolle der eigenen Grenzen. Die Wirtschaft inklusive Landwirtschaft konnte je nach Wirtschaftslage und Perspektiven Personen aus dem Ausland - und zwar aus der ganzen Welt - rekrutieren. In einem eingespielten Prozess haben Bund und Kantone unter Einbezug der Wirtschaft die Höchstzahlen festgelegt, so wie das heute übrigens gegenüber den Nicht-EU/EFTA-Staaten noch immer der Fall ist. Die Schweiz hat jedoch mit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU und der damit verbundenen Aufgabe des Kontingentssystems für deren Bürger ab 2007 die Steuerungsmöglichkeiten der Einwanderung aus der Hand gegeben. Seither explodieren die Einwanderungszahlen. Nach Meinung der Präsidentenkonferenz muss dieser Umstand korrigiert werden.

Die Delegierten entschieden, die Initiative grossmehrheitlich zur Annahme zu empfehlen.

NEIN zur FABI-Vorlage

Dieter Kläy, Ressortleiter beim Schweizerischen Gewerbeverband sgV, stellte den Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI) vor. Ausschlaggebend für das NEIN der Präsidentenkonferenz waren die Zementierung der Querfinanzierung von der Strasse zur Schiene sowie der offene Punkt einer gesicherten Strassenfinanzierung. Die NEIN-Parole wurde im Verhältnis 2:1 gefällt.

Rückfragen können an folgende Person gestellt werden:

- Felix Keller, Geschäftsführer, Tel. 071 228 10 40

22. Januar 2014